

Kommentar

zur Umsetzung des Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Zweijährige in Trier

Die Öffnung von Regelgruppen für zwei Jahre alte Kinder oder die Eröffnung von Krippengruppen schafft fast 90 Plätze für Kinder unter drei Jahren im Stadtgebiet Trier.

Ein Ausbau der Kindertagesstätten für Kinder unter drei Jahren ist aus linker Politikperspektive zu begrüßen, die einen Rechtsanspruch für einen Platz in einer Kindertagesstätte ab dem ersten Geburtstag einfordert. Auch Rheinland-Pfalz hat dieses Ziel für 2013 angekündigt.

Folgende Probleme sind in diesem Zusammenhang zu bedenken:

- Bei aller Anerkennung der Leistung von Frau Birk in der Kürze der Zeit: Der bedarfsgerechte Ausbau auf den letzten Drücker bleibt hinter den Vorgaben des Landes zurück, jedem Kind ab 1. August einen Kita-Platz zu garantieren und Eltern Planungssicherheit zu vermitteln. Auch jetzt ist der Bedarf von 100 Plätzen im Stadtgebiet nicht gedeckt. Wir haben jetzt den 29. Juni! Weil der Ausbau nicht langfristig angegangen wurde, erfordert er sogar den Rückgriff auf Großtagespflegestellen, wie in der Vorlage 305 noch zu besprechen sein wird.
- Verbunden mit dem Ausbau muss eine Erhöhung der Betreuungsdauer möglich sein, damit Eltern, die Vollzeit arbeiten, den Kita-Platz auch tatsächlich zur Vereinbarung zwischen Erwerbstätigkeit und Familie beanspruchen können. Viele Einrichtungen schließen um 17.00h, in vielen Berufen gibt es andere Arbeitszeiten.
- 1,75 plus Aufstockung von 0,25 bis maximal 0,5 macht 2,25 Erzieher/innen für 25 (im Fall von Ganztagsplätzen mit 22) Kinder, wenn 6 davon Zweijährige sind: Der Personalschlüssel mit 1: 9,3 (im Bundesschnitt) in geöffneten Kindergartengruppen für die Altersgruppe der 2 bis 6jährigen ist am ungünstigsten im Vergleich zu anderen Gruppenformen. Einfach Kindergartengruppen für Zweijährige zu öffnen und den immens größeren Betreuungsbedarf der ganz Kleinen zu ignorieren, ist keine Lösung. Betreuung, Erziehung und Bildung – und im Falle der integrativen Kindertagesstätten auch die individuelle Förderung – gelingen nur bei einem deutlich höheren als dem rechtlich vorgegebenen Personalschlüssel, sonst bleibt der laut proklamierte Bildungsauftrag der Kindertagesstätten auf der Strecke. Zu den Aufgaben einer Erzieherin / eines Erziehers gehören zudem auch Ausbildungsaufgaben bei Praktikanten in den verschiedenen sozialen Berufen (Sozialassistent, Erzieherin, Heilerziehungspfleger/in) für die das Land sehr viele Praktika in ihren neuen Lehrplänen festschreibt.
- Der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte als Landesverordnung zieht Kosten in Millionenhöhe für Personal, in Form von Betriebs- und Sanierungskosten nach sich. Die Kosten, die durch Landesverordnungen entstehen, können nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.